



Burggemeinde Brüggen  
Burggemeinderat  
Klosterstraße 38

41379 Brüggen

MdS /

Brüggen, den 06.02.2026

### **Haushaltsrede für das Haushaltsjahr 2026 der SPD-Fraktion der Burggemeinde Brüggen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Kämmerer,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

ein kommunaler Haushalt ist weit mehr als eine Sammlung von Zahlen. Er ist Ausdruck politischer Haltung. Er zeigt, ob wir gestalten wollen oder lediglich verwalten. Er macht sichtbar, ob wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen oder ob wir Entscheidungen aufschieben, bis andere sie für uns treffen.

Die SPD-Fraktion hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie bereit ist, Verantwortung zu tragen. Wir haben Haushalten zugestimmt, obwohl sie aus unserer Sicht nicht überzeugend waren. Wir haben Kritik geäußert, aber dennoch mitgetragen, weil wir Projekte nicht blockieren wollten und weil wir den Fortschritt unserer Gemeinde im Blick hatten. Diese Bereitschaft war stets an klare Erwartungen geknüpft.

Für den Haushalt 2026 müssen wir jedoch feststellen, dass diese Erwartungen nicht erfüllt wurden.

#### **1. Einordnung und Anerkennung**

Zunächst möchte ich ausdrücklich festhalten, dass wir die Arbeit der Verwaltung anerkennen. Viele Ansätze im Haushaltsplan sind realistisch veranschlagt. Die Investitionsliste enthält zahlreiche notwendige Maßnahmen, etwa in den Bereichen Feuerwehr, Infrastruktur, Abwasser, Stadtentwicklung und Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge. Auch im Schul- und Jugendbereich sowie bei den freiwilligen Leistungen wurden drastische Einschnitte vermieden. Das ist richtig und wichtig.



All das könnte den Eindruck erwecken, man könne diesem Haushalt zustimmen.

Genau an dieser Stelle müssen wir jedoch klar widersprechen!! Nein!

## **2. Die Ausgangslage ist zu ernst für Schönfärberei**

Ein Defizit von rund 5,3 Millionen Euro ist keine Randnotiz. Es ist ein strukturelles Problem. Die mittelfristige Finanzplanung zeigt deutlich, dass sich diese Situation in den kommenden Jahren nicht entspannt. Im Gegenteil. Die Zahlen versprechen auch für die Folgejahre nichts Gutes.

Immer wieder wird in der politischen Debatte behauptet, wir hätten vor allem ein Ausgabenproblem. Wer diese These vertritt, bleibt jedoch regelmäßig konkrete Vorschläge schuldig, wo in relevanter Größenordnung eingespart werden soll. Selbst wenn man jede sinnvolle Idee zur Kostenreduzierung verfolgen würde, wären die Effekte überschaubar und würden an der grundsätzlichen Schieflage kaum etwas ändern.

Es gehört zur Ehrlichkeit, festzustellen: Das Problem liegt nicht nur auf der Aufwandsseite. Es liegt ebenso auf der Ertragsseite.

## **3. Die Ertragsseite wird nicht ausreichend adressiert**

Die Erträge aus Beteiligungen und Konzessionsabgaben reichen nicht einmal mehr aus, um die Defizite einzelner kommunaler Einrichtungen auszugleichen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die Einnahmen aus kommunalen Steuern und der Einkommensteuer gerade noch ausreichen, um die Kreisumlagen und die Darlehenszinsen zu bedienen.

Das bedeutet im Klartext: Unsere eigenen Einnahmen sichern kaum noch den Status quo. Für Gestaltung bleibt kein Spielraum.

Hilfe von Land oder Bund ist absehbar leider nicht zu erwarten. Umso wichtiger wäre es gewesen, jetzt mutige und zugleich faire Entscheidungen auf kommunaler Ebene zu treffen. Genau das ist nicht passiert!!

## **4. Hebesätze und verlorene Zeit**

Die SPD-Fraktion hat frühzeitig und transparent Vorschläge zur Anpassung der Hebesätze vorgelegt. Diese Vorschläge waren bewusst schmerzhaft, aber sie waren ehrlich. Sie zielten darauf ab, Planungssicherheit für mehrere Jahre zu schaffen, für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Gewerbetreibende. Sie sollten verhindern, dass wir Jahr für Jahr über neue Erhöhungen diskutieren oder später von einem Haushaltssicherungskonzept zu drastischen Maßnahmen gezwungen werden. Diese drastischen Maßnahmen werden in den folgenden Jahren jetzt kommen und der Sprung wird dann viel schmerzhafter werden als die in unseren Augen moderate Steigerung der Hebesätze.

Die Mehrheit des Rates ist diesem Weg nicht gefolgt. Stattdessen wurden lediglich kaum wirksame Anpassungen beschlossen, die strukturell nichts lösen. Damit wurde erneut Zeit verloren.



**Der vorliegende Haushalt zeigt deutlich:** Rat, Bürgermeister und Kämmerer greifen in diesem Jahr zu kurz. Die Maßnahmen bleiben zu vorsichtig, die Antworten zu allgemein und die notwendigen Entscheidungen werden erneut vertagt.

### **5. Fehlende Transparenz und Steuerungsansätze**

Besonders kritisch sehen wir die fehlende Klarheit in zentralen Bereichen der Haushaltssteuerung.

Die Antworten auf unsere Fragen an die Kämmerei zeigen ein wiederkehrendes Muster. Konkrete Konsolidierungsmaßnahmen werden im Vorbericht nicht benannt, nicht mal angedeutet. Der globale Minderaufwand bleibt ein Instrument ohne nachvollziehbares Konzept. Die Entwicklung der Liquidität wird nicht fachlich eingeordnet. Abschreibungen, Zinsen und Tilgungen sind in der mittelfristigen Planung nicht ausreichend transparent dargestellt.

Auch bei den Investitionen fehlt eine klare Priorisierung. Die Politik soll entscheiden, erhält aber keine belastbaren Vorschläge oder Begründungen aus der Verwaltung. Verantwortung wird damit faktisch verlagert.

Zustimmung setzt Verständnis voraus. Verständnis setzt Transparenz voraus. Diese Transparenz ist aus Sicht der SPD-Fraktion nicht in ausreichendem Maße gegeben.

### **6. Verwaltung statt Gestaltung**

Der Kämmerer hat selbst darauf hingewiesen, dass der Erfolg des Haushalts vom politischen Willen und von einem Umdenken abhängt. Genau dieses Umdenken erkennen wir im vorliegenden Entwurf nicht.

Der erstmalige Einsatz des Verlustvortrags mag kurzfristig entlasten, er ist aber kein Ersatz für eine nachhaltige Strategie. Er verschiebt Probleme in die Zukunft und erhöht die Risiken für kommende Haushaltsjahre. Die Diskussion um ein Haushaltssicherungskonzept wird nicht geführt, obwohl sie faktisch im Raum steht.

Das ist Verwaltung auf Sicht, aber keine Gestaltung mit Verantwortung.

### **7. Die Haltung der SPD-Fraktion**

Die SPD-Fraktion ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Wir sind bereit, offen mit der Bürgerschaft über die finanzielle Lage unserer Gemeinde zu sprechen.

Wir sind aber nicht bereit, einem Haushalt zuzustimmen, der Probleme verschiebt, Risiken ausblendet und notwendige Entscheidungen vertagt.

Unsere Ablehnung ist kein Ausdruck von Fundamentalopposition. Sie ist das Ergebnis sorgfältiger Abwägung. Sie ist ein politisches Signal, dass es so nicht weitergehen kann.

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands Fraktion im Rat der Burggemeinde Brüggen



Die SPD-Fraktion lehnt den Haushalt 2026 ab, weil er zu wenig Bereitschaft für echte Veränderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite erkennen lässt. Weil er Transparenz vermissen lässt. Weil er die strukturellen Probleme nicht konsequent angeht.

Wir verbinden diese Ablehnung ausdrücklich mit dem Angebot, weiter konstruktiv mit allen Fraktionen und der Verwaltung an Lösungen zu arbeiten. Für einen Haushalt, der ehrlich ist. Für einen Haushalt, der gestaltet. Für einen Haushalt, der unserer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht wird. Dies haben wir auch in einem persönlichen Schreiben an unseren Bürgermeister und Kämmerer in der letzten Woche deutlich gemacht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!  
Glück auf!

Die SPD-Fraktion im Rat der Burggemeinde Brüggen.

Mit freundlichen Grüßen

Manuel de Sousa  
Fraktionsvorsitzender